

Gespräch mit BM Stöger am 26. 4. 2010 - Prof. Neuberger / Prim. Aigner

BM Stöger sieht keine Möglichkeit das bestehende Tabakgesetz bei einem Stimmenanteil der SPÖ von 29 % zu ändern. Es kann keine Mehrheit gefunden werden.

BM Stöger will am 1. Juli die Änderungen einfordern - es ist ein Gesetz, das mit der Wirtschaft, den Gastwirten ausverhandelt wurde und dies ist einzuhalten. Die Wirte sind für die Durchführung verantwortlich. Eine Kontrollpflicht will er von den Bezirksstellensekretären der WK einfordern. Absehen von einer Strafe bei Gesetzesverletzung muß ihm von der BH gemeldet werden mit einer entsprechenden Begründung. Neuberger berichtet über die Vorgehensweise am Beispiel Italien und Schottland - Details sind BM Stöger nicht bekannt, er wünscht entsprechende Unterlagen. Es wird auch auf den industriefreundlichen Paragraphen 11 Abs.5 Nr. 7 mit der Abgabe von Gratisprodukten nach Einführung einer neuen Marke hingewiesen. Bei Zigarettensautomaten sieht BM Stöger kein Problem. In einem Fall habe er einem Trafikanten wegen Verkauf an Minderjährige die Konzession entziehen lassen. Weitere Kontrollen sind nicht angedacht.

BM Stöger erkundigt sich über die Umsetzung des Tabakgesetzes an den Universitäten. Neuberger berichtet über die Aktionen zum Rauchverbot durch den Rektor und das Sponsorverbot durch die Tabakindustrie bei wissenschaftlichen Projekten in Wien und auch in Innsbruck. Auch die Probleme im AKH und die Bemühungen mit Prof. Krepler werden diskutiert. Aigner berichtet über die Umsetzung im "Rauchfreien Krankenhaus" am Beispiel des KH der Elisabethinen in Linz.

Fortlaufende Statistiken über das Rauchverhalten und ebenso fortlaufende Informationen der Öffentlichkeit über das Rauchen und die Schädlichkeit des Rauches werden eingemahnt. Auch ein Anteil der Tabaksteuer im Zehntelprozentbereich ("Warum nur im Zehntelprozentbereich?") für zweckgebundene Aktionen und Aktivitäten wird gefordert. Dies soll in Bälde geschehen, jedoch für welche Zwecke wurde nicht klar definiert. Die Information über wissenschaftliche Dokumentation und Beratung in Fragen des Rauchens, des Rauches und dem Tabakgesetz durch die Initiative werden BM Stöger angeboten. Langfristige legislative Bemühungen werden von BM Stöger bei offenbar nur befristeter Amtszeit nicht angedacht.

Platzveränderungen der Warnhinweise auf den Oberteil der Zigarettenspackungen, wie sie Kanada, Australien und Brasilien mit Bildern seit vielen Jahren bereits haben seien nicht 'drinnen'. Ebenso auch kein Hinweis dabei auf www.aerzteinitiative.at.

Aktionen um den 1. Juli sind seitens BM Stöger vorgesehen, werden jedoch nicht konkretisiert und unser Angebot zur Unterstützung blieb unkommentiert.